

Unter die Lupe genommen

Anmerkungen für kritische Leser in unserer Gemeinde

Ein Gastbeitrag von Abuzar Erdogan SPD Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Rosenheim

Liebe Leserin, lieber Leser,

von August Bebel stammt der Satz: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten“. Dieser Satz ist für mich heute aktueller denn je. Wir leben in politisch bewegten Zeiten, in denen man das Gefühl hat, dass gerade jetzt die Weichen für das künftige Zusammenleben gestellt werden. Unser Alltag wird von vielen Fragen begleitet. Werden wir auch in 50 Jahren in einem Europa der guten Nachbarn leben können? Werden weiterhin Millionen von Menschen aufgrund von Krieg, Hunger oder Naturkatastrophen ihrer Lebensgrundlage beraubt? Wie gerecht wird es in Zukunft in unserem Land zu gehen?

Als einer unter 600 Abgeordneten kann man natürlich nicht all diese Probleme alleine lösen – und das ist auch gut so, denn alles andere wäre undemokratisch. Allerdings kann man seine Stimme durchaus für Frieden und Gerechtigkeit erheben und seine Kraft in diese Werte investieren. Als SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Rosenheim Stadt und Landkreis werbe ich um Ihre Stimme, um im Deutschen Bundestag daran mitzuarbeiten, dass wir das Friedensprojekt Europa fortschreiben, dass wir dazu beitragen, dass Menschen aus anderen Teilen dieser Erde nicht zu uns fliehen müssen, weil Krieg, Hunger oder der Klimawandel sie dazu zwingen und das Menschen, die in unserem Land hart arbeiten und einen wichtigen Beitrag für unser einzigartiges Zusammenleben leisten, auch dementsprechend behandelt werden. Wer über 40 Jahre arbeitet, muss eine Rente erhalten, von der er/sie seinen/ihren Lebensabend in Würde genießen kann. Die SPD hat dazu jüngst ein gu-



tes Konzept beschlossen, wonach Menschen, die mindestens 35 Jahre gearbeitet haben, deutlich mehr Rente erhalten müssen, als es die Grundsicherung vorsieht. Wir wollen zudem einerseits sicherstellen, dass das Rentenniveau stabil bleibt und andererseits, dass der Generationenvertrag nicht einseitig zu Lasten der Jungen geht, die höhere Beiträge zu befürchten haben.

Kurzum: Bei dieser Wahl geht es darum, Brücken zu bauen, zwischen Alt und Jung, Migranten und Einheimischen, aber auch um Brücken in Europa zu bauen als klare Alternative zu einem Europa der Grenzen.

Als gebürtiger Rosenheimer ist es mir schließlich auch ein besonderes Anliegen, für die Menschen in der Region greifbar und ansprechbar zu sein. Durch mein Engagement in vielen Vereinen weiß ich, wie viele Menschen sich für ein gesundes Miteinander, Kultur, Sport und Jugend engagieren. Diese Vielfalt möchte ich – sofern Sie mir Ihre Stimme schenken – unterstützen und in Berlin vertreten. Für Kritik, Wünsche und Anregungen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Sprechen Sie mich an!

Ihr

Die Mittelschule bleibt erhalten! von Heinz Oesterle

Hat da meine „Brandrede“ im Zuge der Haushaltsberatungen doch gewirkt? Nach den bis März vorliegenden Aussagen von Schulamt und Regierung von Oberbayern konnte ein Fortbestand der Mittelschule Feldkirchen-Westerham im Schuljahr 2017/2018 nicht garantiert werden. Es bestand die Gefahr, dass nach der Kündigung des Kooperationsvertrages zum Mittelschulverbund „Oberes Mangfalltal“ durch die Gemeinde Bruckmühl die Schule „gem. Art. 32a Abs. 4 Satz 2 des BayEUG von Amts wegen aufgelöst werde.“

Für mich läuteten da alle Alarmglocken. 1990 kämpften wir für die Errichtung eines Gymnasiums in unserer Gemeinde und mussten jetzt mit der Auflösung der Mittelschule rechnen. Und dies in einer knapp 11000-Seelen - Gemeinde! Eine Gemeinde die auf Grund der vorhandenen Infrastruktur dazu geeignet ist als Schulstandort ausgebaut zu werden, die aus den Nähten platzenden Schulen in Bruckmühl und Bad Aibling zu entlasten

und aus unserer Sicht auch als Standort für eine FOS/BOS in Frage kommen würde. Ich freue mich, dass mein Appell an alle Verantwortlichen „unverzüglich alle genannten und alle weiteren Lösungsvorschläge mit allen Beteiligten intensiv zu diskutieren und so zu einer Lösung zum Erhalt der Mittelschule zu kommen“, nicht im Nirwana verhallte. Unser Dank gilt allen - Gemeindeverwaltung, Bürgermeister und Schulleitung – denen es gelungen ist, mit Hartnäckigkeit und Fachkompetenz die Regierung von Oberbayern zu überzeugen, die dort vorherrschenden Bedenken zurückzustellen und dem „Antrag auf Einrichtung der Mittelschule Feldkirchen-Westerham als eigenständige öffentliche Mittelschule“ zu Beginn des Schuljahres 2017/2018 zuzustimmen. Glück auf allen Beteiligten.

**Ohne DICH
geht es nicht**

**Mitmachen
Mitgestalten
Mitverändern**

Mehr unter:

www.spd-feldkirchen-westerham.de

oder direkt bei:

sandro.kotte@spd-feldkirchen-westerham.de

Alter Westerhamer Kindergarten wieder eröffnet!

Welch Glück, dass die Mehrheit des Gemeinderats dem Antrag des AFD-Kreisvorsitzenden/ProBürger-Fraktionssprecher vor ca. 2 Jahren nicht gefolgt ist und den alten Westerhamer Kindergarten nicht verkauft hat. Er wird jetzt mehr denn je gebraucht! Die Anmeldezahlen sprechen für sich: auch in unserer Gemeinde nehmen die jungen Eltern ihr Recht auf einen Kindergarten/Kinderkrippenplatz in Anspruch! Nicht damit die Muttis oder Papas sich einen schönen Tag machen können, sondern weil in einer Ehe gleichberechtigt beide Partner ihrem Job nachgehen wollen. Und meist ist dies für das Familienbudget auch bitter notwendig – gerade im Umland von München mit immens hohen Kosten für Wohnraum und Lebenshaltung. Die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden

– meist Frauen mit geringerem Einkommen – vervollständigen den steigenden Bedarf. Das vom neuen Bürgermeister gerne zitierte „heile“ Familienbild – Vater geht arbeiten, die Mutter versorgt die Kinder – ist nicht mehr tragfähig. Für manche Kinder ist Erziehung und Sozialisation in einer Kita auch mit Abstand der bessere Weg.

Die Sanierungskosten von ca. 150.-160.000 € - die Hälfte wird von der Regierung von Oberbayern bezuschusst – sind für die Erhöhung des Angebotes um bis zu 75 Kindergartenplätze (3 Gruppen) mehr als gut angelegtes Geld. Jeder Cent ist uns dies für unsere Kinder wert! Eine in diesem Zusammenhang bereits aufkommende Diskussion über eine mögliche

Erhöhung der Kindergarten-/ Kinderkrippengebühren erübrigt sich hoffentlich nach der Bundestagswahl. Eine von der SPD geführte Bundesregierung wird entsprechend unserem Wahlprogramm kostenfreie Bildung, und zwar von der Kita bis zur Universität und auch bei der

Berufsausbildung bis zur Meisterprüfung realisieren.

Heinz Oesterle

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!!

Wir leben in einer wunderbaren Region mit einer hohen Lebensqualität. Leider haben diese Lebensqualität, die Nähe zu München und die hervorragende wirtschaftliche Situation der Gemeinde auch ihren Preis. Für viele ArbeitnehmerInnen ist dieser Preis nur noch schwer zu stemmen. Daraus resultiert auch, dass sich für unser Zusammenleben wichtige Unternehmen - wie zum Beispiel Pflegeeinrichtungen – immer schwerer tun, bei dem branchenüblichen Lohnniveau gutes Fachpersonal zu rekrutieren. Daher muss es für uns eine der wichtigsten Investitionen sein, in den nächsten Jahren bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die hierfür in der mittelfristigen



Heinz Oesterle
Gemeinderat



Sandro Kotte
OV-Vorstand

Finanzplanung der Gemeinde für 2017 und 2018 vorgesehen 4,1 Mio Euro für sozialen Wohnungsbau in der Vagener Au und in der Ollingerstraße sind gut angelegt, decken aus unserer Sicht jedoch nur den ersten Bedarf ab. Im Gemeinderat wurde bereits mehrmals über die Bebauung der „berühmten“ Flurnummer 84 (zwischen Rathaus und AWO-Wohnheim) gesprochen, der GR hat Pläne erstellen lassen und war sich auch einig, auf dieser Fläche den

Geschoßwohnungsbau mit altersgerechtem Wohnraum sowie Modellen des Mehrgenerationen-Wohnens zu präferieren.



Die Meinungen gehen auseinander bei der Frage das Gelände mit Auflagen an einen Bauträger/Investor zu verkaufen (ähnlich wie die Gemeinde Weyarn) oder es in kommunaler Hand zu halten, z.B. über die Gründung einer eigenen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder in Zusammenarbeit mit der Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises. Die SPD plädiert für Lösungen, in denen kommunale Stellen mit eindeutiger Mehrheit bestimmender Faktor sind; am liebsten zu 100%. Wir können uns ferner auch vorstellen, einen Teil des Geländes für „Werkwohnungsbau“, z.B. für die beiden Pflegeeinrichtungen vor Ort, zu reservieren bzw. gemeinsam (Wohnungsbaugesellschaft und Träger der Einrichtungen) zu realisieren. Die SPD ist da für Gespräche offen. Einen Verkauf der Fläche – wie anscheinend von anderer Seite angedacht - lehnen wir kategorisch ab.

Heinz Oesterle & Sandro Kotte

Vorsicht vor Wölfen im Schafspelz!



Thomas Bode
OV-Vorsitzender

Wir werden immer wieder von Bürgern angesprochen, wie es sein kann, dass jemand Mitglied einer Partei ist und gleichzeitig für eine ortsansässige Wählervereinigung z.B. für den Gemeinderat kandidiert und dann auch für die Wählervereinigung im Gemeinderat sitzt, aber eben auch ein Parteibuch hat.

Um es gleich am Anfang zu sagen: Es ist erlaubt – doch nicht alles, was erlaubt ist, muss richtig sein.

Mir kann keiner sagen, dass die betreffenden Personen die Mitgliedschaft in der Wählervereinigung und die Mitgliedschaft in der Partei klar voneinander trennen.

Aus meiner Sicht gibt es drei Gründe, wieso jemand so agiert:

- man hat in der Partei nicht den Listenplatz bekommen, den man gerne hätte und versucht es deshalb dann über eine Wählervereinigung.
- die Partei steht so weit rechts, dass ein Wahlerfolg nicht zu erwarten ist.



- es ist Taktik der Partei weitere Mitglieder gewählt zu bekommen, nur unter einem anderen Namen.

Machen wir uns nichts vor. Diese Spielchen machen nicht nur Mitglieder aus extrem rechten Parteien. Auch Parteimitglieder die „rechts light“ sind, machen das. Ja, auch bei uns in der Gemeinde. Bei uns im Gemeinderat gibt es eine Wählervereinigung, der mindestens drei Mitglieder der bayerischen konservativen Partei und als Fraktionssprecher der Kreisvorsitzende einer rechtspopulistischen Partei angehören. Wie schon eingangs gesagt: Es ist erlaubt, dennoch stinkt es zum Himmel.

Die Interessen der Bürger sind zweitrangig. Es geht nur um die eigenen Machtinteressen.

Wir als SPD Feldkirchen-Westerham werden dafür sorgen, dass diese Verbindungen zwischen Parteien und Wählervereinigungen transparent gemacht werden.

Daher auch meine Bitte an Sie: Schauen Sie sich bei den nächsten Wahlen in der Gemeinde genau an, wer kandidiert und wo der Kandidat sonst noch verankert ist.

Thomas Bode

Spendenauf Ruf

Liebe Mitbürger,

wenn Sie politisch interessiert sind, aber sich nicht selbst in einer Partei oder politischen Gruppierung engagieren wollen, haben Sie auch die Möglichkeit, mit einem finanziellen Beitrag die politische

Organisation Ihrer Wahl zu unterstützen. Der SPD Ortsverein Feldkirchen-Westerham versteht sich als Interessenvertretung aller Bürger in unserer Gemeinde, die möchten, dass unser Ort sich vernünftig weiterentwickelt und die

Menschen hier eine gute Infrastruktur und eine gesunde Umwelt vorfinden. Dafür setzen wir uns ein im Gemeinderat, in öffentlichen Veranstaltungen und anderen Gremien. Wenn Sie uns dabei unterstützen wollen, können Sie das tun durch eine Spende auf unser Konto bei der Volks- und Raiffeisenbank:

IBAN: DE60 7116 0000 0000 2015 10
BIC: GENODEF1VRR

Für jede Spende erhalten Sie eine Zuwendungsbestätigung für Ihre Steuererklärung. In der Regel vermindert sich Ihre Steuerlast um die Hälfte des gespendeten Betrags.



© Can Stock Photo - csp3916924

Ganz Spitzland jetzt Tempo30-Zone!

Ausgehend von einer Initiative und Unterschriftensammlung der Anwohner u.a. mit unserer Unterstützung hat der Gemeinderat im März einstimmig beschlossen, das gesamte Gebiet zwischen Schul-/Jahn-/Zugspitz- und alter Westerhamer Straße als Tempo 30-Zone einzurichten; - und im Juni umgesetzt!! Was fehlte ist auf Drängen unseres Fraktionsprechers Heinz Oesterle jetzt nachgeholt worden: gut sichtbares Aufbringen der Zahl 30 auf den Straßenbelag - nicht



nur im Spitzland, sondern auch im Gebiet „Straßenland/Bahnhof“ sowie in allen weiteren Tempo30-Zonen in der Gemeinde.

Auf dieses Ergebnis sind wir nach jahrelangem Kampf stolz. Wir wollen aber noch mehr erreichen! Unsere Forderung nach Tempo 30 in allen Wohngebieten halten wir aufrecht! Momentan erscheint uns allerdings eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30km/h in der Aiblinger Straße vordringlich. Wir unterstützen als örtliche SPD jegliches diesbezügliche Engagement der Anwohner.

Mobilität und bezahlbarer Wohnraum

SPD-Kreistagsfraktion stellt wichtige Weichen für Landkreis Rosenheim

Die SPD-Kreistagsfraktion hat in den letzten Jahren wichtige Themen, wie beispielsweise die Verbesserung der Mobilität und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, im Landkreis Rosenheim politisch erfolgreich vorangetrieben:



Alexandra Burgmaier
SPD-Kreisvorsitzende

Mobilität ist Daseinsvorsorge!

Ihre infrastrukturelle Stärkung, insbesondere im Bereich ÖPNV* und SPNV**, ist ein zentrales Bekenntnis der SPD-Kreistagsfraktion. Der Freistaat kommt seinen finanziellen Verpflichtungen, beispielsweise bei der Schülerbeförderung, nicht nach. Bei Auszahlung des kompletten Fördersatzes würde sich der Verkehrsetat des Landkreises verzehnfachen und neue Möglichkeiten der Mobilität eröffnen! Die grundsätzliche Deckelung der Gesamtförderung durch die CSU-Regierung, eine geforderte Erhöhung des genannten Fördersatzes würde mit Kürzungen an anderer Stelle geahndet werden, ist ein perfider Ansatz. Hier stiehlt sich der Freistaat aus der Verantwortung und heizt den „Verteilungskampf ums Geld“ im Landkreis unangebracht an. Auch bei

der Beförderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung bleibt der Freistaat mit seiner Förderung weit hinter den tatsächlichen Aufwendungen zurück. Um die Mobilität (**Integration von ÖPNV, SPNV, motorisiertem Individualverkehr, Fahrdiensten, Mitfahrzentralen, Bürgerbussen, Taxis etc. zu einer aufeinander abgestimmten Mobilitätskette**) im Landkreis zu verbessern, hat die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag erfolgreich eingebracht, der die Erstellung eines umfassenden Mobilitätskonzepts für den Landkreis zur Folge hat, mit der Aussicht, mit deutlich mehr Geld als bisher von Seiten des Landkreises Rosenheim die Umsetzung zu realisieren. Die Ergebnisse werden im nächsten Jahr vorliegen.

Bezahlbarer Wohnraum braucht neue Ideen!

Wohnungsbau durch Investoren wird unsere Probleme niemals lösen, der Markt versagt hier bereits jetzt! Ein stärkeres Engagement durch Kommunen und Genossenschaftsmodelle ist unbedingt erforderlich. Neue architektonische Konzepte zur Senkung des Flächenverbrauchs und Vermeidung von Ghettoisierung sind dabei wichtige Aspekte. Die Gemeinden sind die Schlüsselebene zur Umsetzung alternativer Wohnbebauungen. Die Schaffung von Wohnraum ist zwar eine Pflichtaufgabe der Gemeinden, die aber von kleinen Kommunen oft



nicht erfüllbar ist. Die Lösung liegt in der landkreiseigenen Wohnbaugesellschaft, die bisher in einem Domröschenschlaf lag. Die Gemeinden könnten dort Gesellschafter werden, ihre Einlage z.B. über die Einbringung von Grundstücken erfolgen. Diese Wohnbaugesellschaft muss künftig entsprechend aufgestellt werden, um diese Serviceleistung für die Gemeinden erbringen zu können. Sie muss so stark sein, dass **die landkreiseigene Wohnbaugesellschaft „DER“ Bauträger in der Region wird!** Ein Bauträger, der unseren Gemeinden gehört: dieses Ziel kommt nach Jahren der Überzeu-

gungsarbeit durch unsere SPD-Kreistagsfraktion jetzt endlich fraktionsübergreifend in die Phase der politischen Umsetzung.

Ihre

Alexandra Burgmaier
Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion

*ÖPNV: Öffentlicher Personennahverkehr

**SPNV: Schienenpersonennahverkehr

„Flüchtlinge und Asylsuchende“ - Thema abgehakt?

Das Thema „Flüchtlinge und Asylsuchende“ steht heute nicht mehr so im Mittelpunkt wie vor zwei Jahren. Es handelt sich aber möglicherweise um eine trügerische Ruhe, weil die Menschen weiterhin nach Europa drängen werden, solange die Fluchtursachen nicht beseitigt sind. Unsere Pflicht ist es, die hier angekommen sind, menschenwürdig zu behandeln.

Die Aufnahme von Asylsuchenden ist in unseren Gesetzen verankert und aus humanitären Gründen geboten. Insofern war es eine überaus menschliche Geste der Bundeskanzlerin, als sie den notleidenden Menschen, die in Ungarn und am Wiener Hauptbahnhof gestrandet waren, ihre Hilfe anbot. Was dann aber folgte bietet Anlass zum Fremdschämen. Wir wollen gar nicht von den ersten Wochen und Monaten reden, als der Flüchtlingsstrom ins Land flutete. Hier muss man schon Verständnis dafür haben, dass die Behörden auf so eine Situation nicht ausreichend vorbereitet sein konnten. Später aber, als sich die Lage wieder beruhigt hatte, hätten dringend die Verfahren professionell abgewickelt werden müssen. Aber es passierte von Seiten des Bundes nichts mehr, die Länder waren auf sich gestellt. Keine sofortige finanzielle Unterstützung, fehlende Beamte, ein einziges Chaos.

Es ist völlig unverständlich, dass Flüchtlinge, die ein eingeschränktes Bleiberecht haben, über 4 -6 Jahre warten müssen, bis sie endlich eine Anhörung bekommen, aber in dieser Zeit nicht arbeiten dürfen. Sie bekommen Unterkunft, Bargeld, Schule und nach 4 Jahren Untätigkeit auch noch psychologische Betreuung, welch ein Wahnsinn !!!

Diese Menschen könnten z.B. in der Gastronomie in Küche und Service arbeiten. Von ihrer Kultur her sind sie sehr höflich und hilfsbereit, insbesondere älteren Menschen gegenüber und könnten deshalb z.B. im Pflegesektor sinnvoll tätig werden. Derzeit beraubt man diese Menschen ihrer Würde, indem man sie zu Untätigkeit verurteilt. Dabei wären die meisten glücklich, wenn sie in dem Land, in dem sie leben möchten, einen Teil zum guten gesellschaftlichen Zusammenleben beitragen könnten. Auch wenn sie eventuell dann wieder in ihr Land zurückkehren müssen, wäre es für sie und unsere Gesellschaft eine Win-Win Situation.

Die Regierung kommt nicht darum herum endlich ein gut durchdachtes Einwanderungsgesetz zu beschließen, wir können nicht alles aussitzen.

Hanne Graf & Dr. Manfred Bischoff

Wahlaufruf

Am 24. September ist Bundestagswahl.

Es ist Zeit für den Regierungswechsel, Zeit für Martin Schulz.

Bitte gehen Sie zur Wahl, Verschenken Sie nicht ihr Wahlrecht, nutzen Sie die Möglichkeit der Briefwahl. Bitte geben Sie beide Stimmen der SPD. Wählen Sie mit der Erststimme **Abuzar Erdogan** direkt in den Bundestag. Entscheiden Sie mit ihrer Zweitstimme über die Zusammensetzung des Bundestages, über die Stärke der SPD-Bundestagsfraktion. Es ihre Stimme für einen Bundeskanzler Martin Schulz.



1. Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es weniger Staus, schnelleres Internet und bessere Schulen

und moderne Berufsschulen, weil hier nachhaltig und strategisch investiert worden ist.

2. Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Im modernen Deutschland der Zukunft wird der Wandel in der Industrie aktiv begleitet. Der Mittelstand hat sich auf den Weg ins digitale Zeitalter gemacht. Deutschland ist ein Gründerland, das Startups in ihrem Wachstum unterstützt. Klimaschutz und Industriepolitik sind im modernen Deutschland keine Gegensätze mehr.

3. Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

Im modernen Deutschland der Zukunft ist die Digitalisierung vor allem eine Chance auf mehr Selbstbestimmtheit in der Arbeitswelt und auch hier gelten klare Regeln. Der Staat wird digital und ist online rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche erreichbar, wodurch das Leben der Bürgerinnen und Bürger erleichtert wird.

4. Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

Im modernen Deutschland der Zukunft leben die Menschen frei und respektvoll zusammen. Die gleichen Chancen gelten unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Der Staat nimmt seine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wahr – in Stadt und Land. Für alle Bürgerinnen und Bürger wird eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern gewährleistet – von der Mobilitätsinfrastruktur über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe für alle. Der Staat ist handlungsfähig und sorgt für Recht und Sicherheit.

5. Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Niemand, der arbeitet, sollte arm sein. Der Respekt vor der Lebensleistung, die Menschen mit ihrer Arbeit erbringen, drückt sich in würdigen Bedingungen und gerechter Bezahlung aus. Gesundheit und Lebenserwartung sind keine Frage des Porte-

monnaies mehr und jede und jeder ist im Alter gegen Armut abgesichert.

6. Familien entlasten, Gleichberechtigung von Frauen und Männern voranbringen

Im modernen Deutschland sind Familie und Beruf doppeltes Glück und nicht zweifache Last. Es ist selbstverständlich, dass sich Mütter und Väter um ihre Kinder kümmern, ohne dass sie sich damit gegen die Karriere entscheiden müssten. Frauen haben die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer.

7. Eine Bildungsoffensive starten

Im modernen Deutschland sind unsere Schulen und Berufsschulen die Zukunftswerkstätten unseres Landes. Jede und jeder bekommt die bestmögliche Bildung in sanierten Schulen. Über die persönliche Zukunft entscheidet nicht mehr die Herkunft, sondern es zählen Leistung und Talent. Die bildungspolitische Kleinstaaterei ist vorbei, und der Bund kann die Länder auf dem Weg zu besserer Bildung endlich unterstützen – von der Ganztagschule bis zur Hochschule.

8. Europa besser machen

Das moderne Europa konzentriert sich auf die großen Fragen unserer Zeit, die Staaten nicht mehr alleine lösen können. Es hat die richtigen Werkzeuge an der Hand und alle wichtigen Entscheidungen sind demokratisch legitimiert. Es ist eine Solidargemeinschaft, in der wir Krisen gemeinsam bewältigen.

9. Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

Das moderne Europa bekennt sich zum Recht auf Asyl und steht solidarisch zusammen, um ankommende Flüchtlinge in würdigen Bedingungen aufzunehmen, schnell ihre Anträge zu bearbeiten und sie dann fair auf unserem Kontinent zu verteilen.

10. Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Das moderne Europa tritt selbstbewusst in der Welt mit einer Stimme auf – für Abrüstung, für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für den Klimaschutz.

100 Tage im Amt oder vom Wahlkampf zur Wirklichkeit



Seit 100 Tagen ist der neue Bürgermeister Hans Schaberl nun im Amt und muss sich mit der Verwaltung, den Bürgern und dem Gemeinderat auseinandersetzen.

Nachdem eine Unterstützung im Wahlkampf wegen seiner Nähe zum AfD-Kreisvorsitzenden für uns nicht in Frage kam, waren wir, insbesondere die Gemeinderäte der SPD, sehr gespannt, was aus den Wahlversprechen wird, z. B. Bürgermeister für alle oder Einsparpotential bei gemeindlichen Bauprojekten, und wie sich die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat entwickelt.

Bezüglich der Einsparmöglichkeiten bei kommunalen Bauvorhaben wurde der Bürgermeister sehr schnell von der Realität eingeholt (siehe Kostensteigerungen beim Bauvorhaben „Am Kapellenbach“). Da wir ohne Einschränkung zu diesem Bauvorhaben mit Barrierefreiheit, von der

auch unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger und Familien mit Kleinkindern profitieren, stehen, finden wir es gut, dass hier kein Versuch für Sparlösungen, die sich dauerhaft als negativ herausgestellt hätten, unternommen wurde. Selbstverständlich hätten auch wir uns günstigere Preise, aber nicht zu Lasten der Qualität, gewünscht. Jedem muss klar sein, dass wir im Großraum München leben und hier mittlerweile leider andere Maßstäbe gelten.



Bei Beginn der Amtszeit war dem neuen Rathauschef deutlich anzumerken, dass hier ein Politikneuling tätig ist und die umfangreichen Verwaltungsaufgaben eine intensive Einarbeitung erfordern. Dazu war unter dem Vorgänger der Sitzungsverlauf vieler Gemeinderats- bzw. Ausschusssitzungen von den persönlichen Animositäten des Bürgermeisters und des Vorsitzenden von Pro Bürger geprägt. Daher durfte man sehr gespannt sein, wie sich der Neue schlägt.

Nach 100 Tagen im Amt kann man feststellen, dass er sich bereits eine Menge Wissen (auch mit Unterstützung der Verwaltung) angeeignet hat und die Sitzungen mehr von der Suche nach guten Lösungen als von persönlichen Reibereien geprägt sind.

Im Sinne einer dauerhaften konstruktiven Zusammenarbeit im Gemeinderat und im Interesse der Bürger hoffen wir, dass es dem Bürgermeister gelingt, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen, da in den kommenden Jahren noch viele große Aufgaben, wie z. B. Hochwasserschutz, Verkehr und Ortsentwicklung, zu bewältigen sein werden. Wir von der SPD sind zu einer dauerhaft konstruktiven Zusammenarbeit bereit und würden uns sehr über die gemeinsame, positive Weiterentwicklung unserer Gemeinde freuen.

Erhard Passauer

Ihre **SPD Feldkirchen-Westerham** stellt sich vor

 Gisela Lange (70 Jahre) Beilätzerin Ist. (Stn)-Hauswartin	 Alisa Prosk (24 Jahre) Beilätzerin Parlamentarische Beirätin	 Sandro Kötze (37 Jahre) Beilätzer Versicherungsfachw./Wirtschaftsfachw.
 Gabriele Mund (55 Jahre) stellv. Ortsvertrauensratsvorsitzende Steuerfachangestellte	 Heinz Ostler (66 Jahre) Schriftführer Gemeinderat und SPD Fraktionsvorsitzender Ehrenamtl. CP der „Bürgerstiftung“	 Erhard Passauer (60 Jahre) stellv. Ortsvertrauensratsvorsitzender Gemeinderat Beiwarter bei einer Sozialversicherung
 Thomas Beck (48 Jahre) Ortsvertrauensratsvorsitzender Fachinformatiker	 Dr. Manfred Bischoff (68 Jahre) Kassier Ist. Hauswartin	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> Sie erreichen uns unter: https://www.facebook.com/groups/154369701350749/ https://twitter.com/SPD_FeldWesha </div>